



BRÜSSEL 4, den

11-07-1986

An den Herrn Verteidigungsminister

Nr 17.230/II/PD  
MTV

8, rue Lambermontstraat

1000

BRUSSEL

Betrifft : Gebiet deutscher Sprache.  
Milizunterlagen.

Sehr geehrter Herr Minister !

Die in vereinigten Abteilungen tagende Ständige Kommission für Sprachenkontrolle hat in ihrer Sitzung vom 12. Juni 1986 eine Klage behandelt bezüglich der Tatsache, dass die Kommission der Befreiungen einem in Weywertz, Gemeinde Bütgenbach, im Gebiet deutscher Sprache wohnenden deutschsprachigen Bürger Unterlagen in niederländischer Sprache (Formulare, denen eine Broschüre mit dem Titel "Ein neuer Lebensabschnitt" und eine erläuternde Note beigelegt waren) zugesandt hat.

Es handelt sich hierbei um eine Beziehung einer zentralen Dienststelle mit einer Privatperson, für die sich eine solche Dienststelle in Anwendung des Artikels 41 der koordinierten Sprachgesetze, derjenigen der drei Sprachen bedienen muss, von der diese Privatperson Gebrauch gemacht hat.

Gemäss einer ständigen Rechtsprechung der S.K.S.K. ist, wenn die Initiative der Korrespondenz von der Dienststelle ausgeht, kraft einer "iuris tantum" - d.h. einer widerlegbaren Vermutung die Sprache des Gebietes zu gebrauchen, falls die Dienststelle nicht über die durch die Privatperson gewählte Sprache informiert ist (Gutachten S.K.S.K. Nr. 1273 vom 26.5.1966).

Die S.K.S.K. hat geurteilt, dass die Klage zulässig und begründet war.

Eine Abschrift des vorliegenden Gutachtens wird dem Klageführer übermittelt.

Mit vorzüglicher Hochachtung,

Der Vorsitzende,

J. FLEERACKERS

